



Liebe Leserin, lieber Leser,

Sie halten gerade das erste Heft von pax christi Rhein-Main im neuen Jahr in Händen. Wir haben schon Mai und wissen kaum, was in diesem Jahr noch kommen mag. Was dürfen wir hoffen? Auf eine bessere Kirche, die gegen sexualisierte Gewalt in ihren Reihen und Räumen Sprache und Glaubwürdigkeit findet? Auf eine wirksame Impfstrategie, die auch mit mutierten Viren fertig wird und unser soziales Leben wiederaufleben lässt? Auf ein besseres Europa, das eine sichere Heimstatt für Geflüchtete bieten will? Auf eine lebendige Demokratie, die sich ihrer bewusst ist, ihre Bürger*innen stärkt und ein gutes Leben für alle möglich macht?

Unsere Zeitschrift ist natürlich nur ein Blättchen im deutschen Blätterwald. Dennoch bemüht sich die Redaktion um Beiträge und Interviews, die Sie nicht überall lesen, um Berichte von Gruppen, die vielleicht auch beispielhaft für andere sein können, und um die Darstellung der vielfältigen Vorhaben in unserem Regionalverband. Wir wollen anstoßen und bereichern. Vieles ist aber auch uns unklar. Mit Staunen lese ich, was die Ordensfrau und Kirchenlehrerin Hildegard von Bingen schreiben konnte, nachdem sie sich ermuntert fühlte: »Erhebe dich also, rufe und verkünde, was dir kraft mächtigen und göttlichen Beistands offenbart wird.«

Himmel! Diese Sicherheit möchte ich auch einmal haben. Aber was würde es nützen?

Rüdiger Grözl

Ehemaliger Vorsitzender von pax christi Limburg und Redaktionsmitglied dieser Zeitschrift

Umgang mit Autokraten



© Henning Schlotmann

Sanktionen, Dialog oder ...?

Eine außenpolitische Herausforderung für Deutschland und die EU ist der Umgang mit Machthabern und autoritären Regimen, die schwere Menschenrechts- und Rechtsstaatsverstöße begehen. In einigen Fällen werden Wirtschaftssanktionen verhängt, in anderen wird der Protest hinter verschlossenen Türen vorgebracht oder überhaupt nicht reagiert. Welche Wege gibt es, Verbesserungen für die jeweilige Bevölkerung zu erreichen und die eigenen humanitären Standards nicht zu verraten? Hierüber sprach unser Redakteur Thomas Meinhardt mit Gregor Gysi, Bundestagsabgeordneter der Partei »Die Linke« und Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages.

Herr Gysi, gibt es ein erfolgversprechendes Konzept für den Umgang mit autokratischen Regimen?

Lassen Sie mich meine Vorstellungen an einem Beispiel erläutern: Durch den Bau der Mauer 1961 wurde die DDR eine geschlossene Gesellschaft. Eine Einflussnahme auf die gesellschaftliche Entwicklung vom Westen aus war nun ohne den Kontakt zu staatlichen Stellen nicht mehr möglich. Egon Bahr, der von sich sagte, er sei ursprünglich

ein »kalter Krieger« gewesen, hatte begriffen: »Wir können für die Menschen in der DDR und für die Deutsche Einheit nur etwas erreichen, wenn wir mit den Regierungen in der Sowjetunion und der DDR sprechen.« Das hieß Kompromisse eingehen, etwas anbieten, anderes zulassen und dafür etwas bekommen. Daraus ist dann die neue deutsche Ostpolitik oder auch Entspannungspolitik entstanden, die Bahr konzipierte und die mit Willy Brandt begonnen hat. Helmut



Gregor Gysi, geboren 1948, Rechtsanwalt und Politiker. Vertrat als Rechtsanwalt und SED-Mitglied in der DDR Regimekritiker*innen. Seit Dezember 2016 ist er Präsident der Europäischen Linken.

Schmidt und später auch Helmut Kohl haben dies fortgesetzt, wenn auch mit etwas unterschiedlichen Schwerpunkten. Willy Brandt und Helmut Schmidt haben in den Verhandlungen immer Politik gegen Politik getauscht, Helmut Kohl dann mehr Politik gegen Geld. Allen drei Bundesregierungen war klar: Der Weg führt nur über Verhandlungen mit den Regierungen, das heißt über Wandel durch Annäherung.

Heute scheint es dagegen als Reaktion – zumindest gegenüber Putin – immer nur Sanktionen zu geben. Und das Verrückte dabei ist, dass die meisten Sanktionen so angelegt sind, dass sie vor allem die Bevölkerung treffen, nicht die Regierungen. Das führt dann häufig zu einer Solidarisierung der Bevölkerung mit der eigenen Regierung. Ich glaube, es gibt nur den Weg der Verhandlungen mit den Regierungen. Dabei darf die jeweilige Opposition nicht übersehen werden, indem versucht wird, immer auch Leistungen für die Opposition zu erreichen. Das ist das Entscheidende, dass die Verhandlungsergebnisse von beiden Seiten eingehalten werden. Derzeit kann ich weder bei der Bundesregierung noch bei der EU-Kommission ein konsistentes außenpolitisches Konzept sehen, insbesondere da beispielsweise gegenüber Russland oder Saudi-Arabien oder China ganz unterschiedlich reagiert wird.

Was würden Sie für eine Strategie gegenüber Putin und der russischen Regierung vorschlagen angesichts der Unterdrückung jeglicher

Opposition, der ziemlich abstrus wirkenden Begründungen für die erneute Verurteilung Nawalnys, einer ziemlich aggressiven Politik in der Ostukraine oder auch in Syrien?

Bezüglich des Vorgehens gegen Demonstrationen sollten wir unterscheiden. Einerseits werden Demonstrationen wegen der Nichteinhaltung von Corona-Regeln verboten, wie auch in Deutschland. Andererseits muss jedes brutale Vorgehen der Polizei verurteilt werden, gleich in welchem Land. Und natürlich hat das russische System grundsätzlich größere Schwierigkeiten mit Protesten jeglicher Art. Russland war immer durch autoritäre Herrschaftsstrukturen geprägt. Es gibt keine demokratische Tradition mit Minderheitenrechten, Presse- und Versammlungsfreiheit, unabhängiger Justiz, Gewaltenteilung usw. Trotzdem ist man heute weiter als in der Sowjetunion.

Wir müssen es anders angehen als bisher: 2001 hat Putin vor dem Deutschen Bundestag die Zusammenarbeit auf allen Gebieten angeboten. Der Westen war damals zu arrogant, um darauf positiv einzugehen. Man meinte, man brauche Russland nicht – eine völlige Fehleinschätzung.

Wenn ich Außenminister oder Kanzler wäre, dann würde ich nach Moskau reisen und sagen: »Es tut mir leid, dass wir dies Angebot damals ausgeschlagen haben. Das war unser Fehler, und wir sind somit mitschuldig an der jetzigen Lage. Aber nun verhärten Sie die Situation und betreiben eine aggressive Politik. Damit lösen wir kein Problem zwischen uns und weltweit. Deshalb bieten wir Ihnen jetzt eine Zusammenarbeit in beiderseitigem Interesse an. Das heißt, wenn wir die Sanktionen beenden, dann müssen bei Ihnen bei-

spielsweise die willkürlichen Verhaftungen aufhören, aber auch die Unterstützung rechtsextremer Kräfte in der EU.« Nach meiner Erfahrung erreicht man viel mehr, wenn man mit Selbstkritik anfängt und nicht gleich als Oberlehrer auftritt. Dann kann man Putin vielleicht auch dazu bewegen, dass die diskriminierenden Gesetze gegen homosexuelle Menschen verändert werden, denn auch Russland geht das im 21. Jahrhundert nicht mehr. Wenn es gelingt, ein Grundvertrauen herzustellen, dann scheint mir vieles möglich. Und Grundvertrauen bedeutet, dass die andere Seite wissen muss, dass das Gegenüber die Wahrheit sagt und auch zu den Zusagen steht. Und wenn ich zu Themen befragt werde, bei denen ich nichts sagen kann, ohne die Interessen meines Landes zu gefährden, dann würde ich sagen: »Herr Präsident, auf diese Frage möchte ich nicht antworten, denn die Wahrheit darf ich Ihnen nicht sagen und die Unwahrheit will ich Ihnen nicht sagen.« Ich bin mir sicher, Putin würde das verstehen. Nur wenn ich eine unwahre Antwort gäbe, und es käme später heraus, wäre das Grundvertrauen wieder zerstört.

Mein Problem mit unserer Bundesregierung in der Außenpolitik ist, dass ich nicht weiß, ob sie wirklich verstanden hat, dass Deutschland und die EU ein grundlegendes strategisches Interesse an guten Beziehungen zu den USA, Russland und China haben. Zu Russland sind die Beziehungen offensichtlich gestört und von Vorurteilen geprägt, China ist ihnen eher fremd, und bezüglich der USA waren sie durch die Politik Trumps massiv irritiert. Es kommt nun darauf an, mit diesen drei Regierungen wieder auf Augenhöhe zu verhandeln. Das bedeutet nicht, Gehorsam an den Tag zu legen,

Russland: Die seit der Festnahme des Oppositionsführer Alexei Nawalny seit Januar 2021 andauernden Massenproteste sind von Polizeigewalt und Inhaftierungen begleitet



Universelle Geschwisterlichkeit

Wir durchleben zwei fundamentale Krisen: die Klimakrise und die Coronakrise. Sie haben eine ganz grundsätzliche Gemeinsamkeit: Sie sind grenzenlos und betreffen alle Lebewesen.

Das Virus kennt keine Grenzen, es betrifft Reiche und Arme, Alte und Junge, Menschen aller Kontinente. Die Klimaveränderung bewirkt weltweit tiefgreifende Krisenphänomene über alle Grenzen hinweg. Freilich sind die Auswirkungen auf Menschen und Regionen verschieden und auch die Möglichkeiten, ihnen entgegenzutreten.

Prinzipiell gilt jedoch: Diese Krisen sind universell.

Diese Einsicht bedarf einer passenden Antwort. Aus meiner Sicht kann sie nur lauten: Wenn die Krisen universell sind, dann muss auch die Antwort auf sie universell sein. Diese Antwort könnte lauten: universelle Geschwisterlichkeit.

Universelle Geschwisterlichkeit meint: sich prinzipiell zur Schwester und zum Bruder aller Menschen machen, sich als Teil einer Menschheitsfamilie verstehen, nicht einer globalen Gleichgültigkeit das Wort reden oder nur individuelle oder nationale Lösungen suchen.

Im Evangelium erzählt Jesus die Geschichte vom barmherzigen Samariter. Sie ist die Antwort auf die Frage: »Wer ist mein Nächster? – meine Nächste?« Die Antwort im Sinn der Geschichte heißt: Der ist mein Nächster, die ist meine Nächste, den und die ich mir zum/zur Nächsten mache. Das kann ein Mensch in meiner Nähe sein, aber auch ein Mensch in der Ferne. Sie werden durch mich nahe oder ferne Nächste. Und dazu gehört auch die Natur, die ich mir zur Nächsten mache, und auch das überall auf der Welt.

Zu dieser Haltung der universellen Geschwisterlichkeit ermutigt Papst Franziskus in seiner letzten Enzyklika: »Fratelli tutti – über die Geschwisterlichkeit und die soziale Freundschaft«. Mit Klarheit beschreibt er die aktuellen Krisen und die vielen Situationen der



Ungerechtigkeit auf der Welt und ist davon überzeugt, dass diese eine globale und gemeinsame Antwort brauchen: »Wir retten uns alle oder es rettet sich keiner«, sagt der Papst.

Diese Rettung braucht politisch-strukturelle Lösungen. Der Papst will nicht die aktuellen Problemlagen aufhübschen und so nur die Wiederkehr des Immergleichen bewirken. Er sieht die Notwendigkeit eines radikalen Wandels, und das in weltweiter Zusammenarbeit. Aber er betont auch die Bedeutsamkeit persönlicher Konsequenzen. Jede kann etwas zur Lösung der großen Krisen beitragen. Jeder kann in der Coronakrise Rücksicht auf die anderen nehmen.

Alle können in der Klimakrise ihren Lebensstil überprüfen und ändern oder Druck machen auf Politik und Wirtschaft, damit die Erde ein lebenswerter Ort für alle wird.

Universelle Geschwisterlichkeit ist eine grundlegende Haltung, die wir einüben und ausüben können. Viele kleine Aktivitäten können zu einer Häufigkeitsverdichtung führen, die an einen Kippunkt führt, der den Lauf der Welt in eine andere, nachhaltige und solidarische Richtung lenkt.

Jede konkrete Handlung – sei es die Reduktion des Fleischessens, die Vermeidung von Plastik aller Art, die wiederholte Säuberung unserer Umwelt, das Kaufen und Nutzen fair produzierter Waren, die Teilnahme an Petitionen und Demonstrationen, das Tragen von Masken – leistet einen Beitrag.

Papst Franziskus meint, dass diese kleinen Handlungen uns die Würde zurückgeben, weil wir uns als Handelnde erleben und weil sie das Gefühl verbreiten, dass wir etwas tun können und dass Hoffnung möglich ist.

Das steckt an und befördert so wieder die universelle Geschwisterlichkeit.

*Thomas Schmidt
Katholischer Priester im Frankfurter Gallusviertel,
pax christi-Mitglied und hauptberuflich
Lagerarbeiter*



Die Proteste in Belarus begannen nach der Präsidentschaftswahl im August 2020, die Lukaschenka mit der Verhaftung von Gegenkandidaten und Wahlmanipulation für sich entscheiden konnte

sondern zu sagen: Ihr habt Eure Interessen, wir haben unsere, versuchen wir uns seriös darüber zu verständigen.

Die EU-Sanktionen sind ja vor allem eine Reaktion auf die völkerrechtswidrige Annexion der Krim und die militärische Unterstützung der Separatisten in der Ostukraine. Hier scheint sich trotz aller Verhandlungen nichts zu bewegen, und der Krieg in der Ostukraine köchelt auf geringer Flamme weiter. Sehen Sie hier Lösungswege?

Die aktuelle Blockade liegt daran, dass Russland die Krim nicht wieder hergeben wird und der Westen dies nicht akzeptiert. Also sollten wir überlegen, wie ein Kompromiss aussehen könnte. Vielleicht so, wie es die USA 1940 gegenüber der Sowjetunion gemacht haben. Nachdem Stalin 1940 die drei baltischen Staaten besetzt und der Sowjetunion wieder einverleibt hatte, haben die USA erklärt: Wir erkennen diese Annexion nicht an, werden aber deshalb die diplomatischen Beziehungen nicht abbrechen. Auf diesen Vorbehalt konnten sie sich dann 50 Jahre später berufen. Das heißt, manchmal muss man auch solche Kompromisse machen, wenn es in einer bestimmten Zeit nicht anders geht.

Der ukrainischen Regierung müssen wir sagen, wir werden keinen Krieg führen, damit die Krim wieder zur Ukraine kommt. Und Russland wird die Krim nicht zurückgeben.

Sie müssen diese Annexion nicht anerkennen, aber sie müssen dennoch ernsthaft versuchen, für die Ostukraine zu einer Verständigung zu kommen. Der russischen Regierung muss gesagt werden: »Wir erkennen die Annexion der Krim nicht an, wissen aber, dass sie Sie nicht zurückgeben werden. Wir erwarten aber, dass Sie zu einer wirklichen Verständigung über die Ostukraine kommen wollen, wenn die EU die Sanktionen aufhebt.« Wir können hier zu Lösungen kommen, wenn wir das Grundproblem – die Krim-Annexion – ausklammern. So hat beispielsweise auch der Grundlagenvertrag zwischen der BRD und der DDR von 1972 funktioniert. Hier heißt es sinngemäß: »Abgesehen von unterschiedlichen Auffassungen zur nationalen Frage haben wir uns wie folgt verständigt: ...« Das heißt, man hat die unterschiedlichen Auffassungen deutlich gemacht und dann vieles für die Menschen Wichtiges vereinbart. Wenn man weiß, dass man ein Problem nicht gelöst bekommt, muss man überlegen, wie man andere lösen kann. Und nicht vergessen: Der Westen begann mit der Trennung des Kosovo von Serbien, gegen einen ausdrücklichen Sicherheitsratsbeschluss der UNO und unter der Verletzung der territorialen Integrität eines Staates.

Für Belarus haben Sie vor einem »guten« halben Jahr die Einrichtung eines runden Tisches zwischen Regierung und Opposition sowie verschiedenen gesellschaftlichen Organisa-

tionen vorgeschlagen. Lukaschenko scheint aber mit Unterstützung der bewaffneten Organe und der Rückendeckung Putins die Proteste mit Gewalt niederschlagen zu wollen. Wie sollte sich die EU hier verhalten?

Das Regime in Belarus hat vor allem auf dem Land und in einigen größeren Staatsbetrieben immer noch relevante Unterstützung. Diese Gruppen muss man bei einer Verständigung einbeziehen. Belarus ist Mitglied der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Die EU sollte also eine Neuwahl unter Kontrolle der OSZE anstreben, bei der alle Kandidatinnen und Kandidaten zugelassen werden müssen.

Das wird aber nur mit Russland funktionieren. Dazu wäre das vorhin angesprochenen Grundvertrauen nötig. Dann würde ich zu Putin gehen und ihm anbieten, dass man auf einige politische und wirtschaftliche Sanktionen verzichte, dafür aber erwarte, dass er wirklich demokratische Wahlen in Belarus zulässt. Putin weiß auch, dass Lukaschenko nicht zu halten ist, und da die Opposition gar keine Distanzierung von Russland will, könnte dies auch für Russland einen Nutzen bringen. Er könnte dann ja aufgrund der langjährigen Beziehungen Lukaschenko Exil in Russland anbieten. Nach einer Wahl stünde dann eine Debatte über eine Verfassungsreform unter Einbeziehung der verschiedenen Gruppen an.

Viktor Orbán und seine Fidesz-Partei sind ein anderer Fall. Auch Orbán regiert klassisch autoritär, schränkt zunehmend die Presse- und Meinungsfreiheit ein, nimmt Minderheiten und Geflüchteten ihre Rechte und versucht gegen die Unabhängigkeit der Justiz vorzugehen. Er tut das als Mitglied der EU, deren demokratische Werte er offen ablehnt, von deren Finanzzuweisungen er gleichzeitig massiv profitiert. Welche Optionen hat die EU?

Ein Problem besteht darin, dass wir hier eine Entsolidarisierung innerhalb der EU erleben, wie wir sie bisher noch nicht kannten, die aber von einer Mehrheit oder zumindest einem großen Teil der Bevölkerung unterstützt wird. Andererseits muss der ungarischen Regierung deutlich gemacht werden, dass die Europäische Union auf einer Werteordnung beruht, die nicht verletzt werden darf. Und wenn sie verletzt wird, dann muss der Europäische Gerichtshof entscheiden.

Wenn Ungarn sich weigert, Geflüchtete aufzunehmen, dann entstehen für die anderen EU-Staaten Kosten. Diese Kosten können berechnet werden. Und wenn beispielsweise Ungarn die auf es entfallenen Kosten nicht zahlt, können die entsprechenden Summen von den Geldzuweisungen aus dem EU-Haushalt abgezogen werden. Es braucht Mut zu solchen Entscheidungen, sie müssen angegangen werden, wenn die EU sich nicht selbst aufgeben will. Zudem ist Ungarn letztlich politisch und finanziell viel stärker auf die EU angewiesen als umgekehrt. Das sollte bei Verhandlungen nicht ausgenutzt werden, aber bestimmte grundlegende Grenzüberschreitungen innerhalb der EU darf es nicht geben.

Wir haben bisher über die Möglichkeiten der Diplomatie gesprochen. Was können zivilgesellschaftliche Organisationen tun, um diejenigen zu unterstützen, die in autokratisch regierten Staaten für demokratische Teilhabe und Rechtsstaatlichkeit eintreten? Ich halte zivilgesellschaftliche Kontakte – wie Einladungen junger Menschen zu Praktika in Deutschland – für sehr wichtig, um Neues kennenzulernen und Vorurteile abzubauen, Kooperation einzuüben Selbst bei Nordkorea halte ich den Versuch, einen Jugendaustausch zu organisieren, nicht für aussichtslos.

Ein großes Potenzial in Deutschland sehe ich in den parteinahen Stiftungen. Sie sind fast überall mit Büros vertreten und können dort Kontakte zu zivilgesellschaftlichen Organisationen aufbauen, zu denen Botschaften in der Regel keinen Kontakt haben dürfen. Zudem konkurrieren die Konrad-Adenauer-, die Friedrich-Ebert-, die Friedrich-Naumann-, die Heinrich-Böll- und die Rosa-Luxemburg-Stiftung nicht miteinander, sondern unterstützen sich eher. Sie haben unterschiedliche Zugänge zu gesellschaftlichen Gruppen. Diese Büros der Stiftungen, um die uns viele Länder beneiden, sollten auf jeden Fall erhalten bleiben, auch wenn sie Geld kosten. Diese Mittel sind sehr, sehr gut investiert.

Welche Erwartungen haben Sie in diesen Fragen an die Kirchen?

Die Kirchen haben eine große Relevanz. Sie – insbesondere die katholische Kirche – sind internationale Einrichtungen, die schon deshalb nicht nationalistisch oder rassistisch

sein können. Natürlich kann der einzelne Katholik nationalistisch sein, aber nicht die katholische Weltkirche. Die Kirchen haben den Auftrag, Gerechtigkeit, Frieden und Umweltschutz voranzubringen, zu helfen, den Hunger zu überwinden. Wenn beispielsweise Papst Franziskus so eindeutig, wie er das macht, die Ursachen von Ungerechtigkeit benennt und ein konsequentes Umsteuern unseres Wirtschaftssystems zum Wohle aller Menschen einfordert, dann hat das viel Gewicht. Ihm müssen auch die Reichen und Mächtigen zuhören. Zudem haben der Weltrat der Kirchen und die katholische Kirche zahlreiche Möglichkeiten, über ihre kirchlichen Einrichtungen und die Verbindungen zu zivilgesellschaftlichen Strukturen Menschen miteinander in Kontakt zu bringen. Sie können gesellschaftliche Entwicklung auch in relativ abgeschirmten Staaten unterstützen und zivilgesellschaftliche Verbindungen über Landesgrenzen hinweg knüpfen, weil sie überall auf diesem Globus vertreten sind. Wenn die Kirchen ihre Möglichkeiten als moralische Autoritäten und als Verbindungsglieder mit zivilgesellschaftlichen Kontakten in der ganzen Welt nutzen, dann haben sie eine sehr große Bedeutung für die Entwicklung der Menschheit zum Wohle aller.

Hinweis

Das Interview von Thomas Meinhardt mit Gregor Gysi erschien zuerst in der Zeitschrift »Franziskaner 1|2021«



Zivilgesellschaftliche Kontakte können viel bewegen, denn Veränderungen werden nicht nur im Feld der »hohen Diplomatie« angestoßen. An der Grenze zur DDR wird 1984 eine Gruppe junger Erwachsener kontrolliert. Sie hatten die Signale der Entspannungspolitik aufgegriffen und starteten Initiativen zur »Diplomatie von unten«. »Wir wollten nichts Geringeres als einen dritten Weltkrieg verhindern. Ein Freund aus der DDR sagte damals, dass es wichtig sei, auf der anderen Seite ein sympathisches Gesicht zu kennen. Das würde es schwerer machen aufeinander zu schießen«, erzählt Rüdiger Grözl (am Steuer) Jahrzehnte später. »Wir machten uns einfach auf. Vorher ließen wir uns über Privatkontakte einladen, regelten die Formalitäten und waren dann mit sehr interessierten Menschen zum Beispiel aus friedensbewegten Kreisen und Kirchengemeinden in der DDR im Austausch.«

»Kein Weihnachten in Moria«

Rückblick auf die zu Ende gegangenen Kampagne

Wir alle kennen mittlerweile die Bilder aus Lesbos: Überschwemmte Zelte, Hautkrankheiten bei Kindern und Erwachsenen, scheinbar endlose Schlangen bei der Essensausgabe. Seit Jahren weisen Menschenrechtsorganisationen auf die unhaltbaren Zustände im Flüchtlingslager Moria und anderen »Hotspots« hin, seit Jahren betonen deutsche Kommunen ihre Aufnahmebereitschaft. Und seit Jahren verweist die Bundesregierung auf die Notwendigkeit einer gesamteuropäischen Lösung und auf Fluchtursachenbekämpfung.

Um angesichts dieser inhumanen Situation nicht weiter einfach zuzuschauen, haben wir von pax christi Rhein-Main gemeinsam mit der deutschen Sektion von pax christi im Sommer 2020 die Kampagne »Kein Weihnachten in Moria« initiiert. Ziel der Kampagne war ein fraktionsübergreifender Antrag des Bundestages an die Bundesregierung, um diese zur Aufnahme der Geflüchteten auf den griechischen Inseln zu bewegen.

Seither hat sich viel getan: Innerhalb kurzer Zeit wurden rund 50 inner- und außerkirchliche Organisationen als Mitträger*innen gewonnen und mehrere Bischöfe haben öffentlich ihre Unterstützung zugesagt. Gemeinden, Organisationen und viele Einzelpersonen haben mit hunderten von Briefen ihre jeweiligen lokalen Abgeordneten dazu aufgefordert, sich im Bun-

destag für die Aufnahme der Schutzsuchenden einzusetzen. Viele Politiker*innen konnten wir so tatsächlich erreichen. Auch in der Rhein-Main-Region wurden zahlreiche Gespräche geführt, bei denen wir unser Anliegen vorgetragen und oft auch gemeinsam beraten haben, wie eine Evakuierung vorangetrieben werden kann.

Es blieb jedoch nicht bei Briefen und Gesprächen: Sowohl bundesweit als auch hier in der Region fanden vielfältige Diskussionsveranstaltungen mit Aktivist*innen, Abgeordneten und Bischöfen statt, in denen notwendige politische Debatten vertieft wurden. Am 12. Dezember 2020 waren in ganz Deutschland Lichtprojektionen als »leuchtende Zeichen« für Mitmenschlichkeit zu sehen, begleitet von kleineren Mahnwachen und Informationsständen. Um auch online die Aufmerksamkeit zu erhöhen, machten wir unsere Forderungen durch Fotos mit dem Hashtag #KeinWeihnachtenInMoria auf Social Media und der Kampagnen-Website sichtbar. Viele dieser Aktionen wurden Dank einer Kooperation mit der Fotografin Alea Horst, die in den letzten Monaten mehrfach auf Lesbos und in Bosnien war, durch sehr eindrückliche Fotos illustriert.

Insgesamt lässt sich sagen, dass wir in kurzer Zeit sehr viel auf die Beine gestellt haben, um das »katholische Milieu« noch deutlich vernehmbarer für die Forderung

einer Evakuierung der Flüchtlingslager auf den griechischen Inseln zu mobilisieren. Ein halbes Jahr später müssen wir aber auch feststellen, dass immer noch viel zu viele Menschen mitten im Winter in teils überschwemmten, nicht winterfesten Zelten ausharren mussten. Selbst von den 1553 Geflüchteten, die laut Zusage der Bundesregierung in einer einmaligen Aktion aus Griechenland nach Deutschland geholt werden sollten, sind die letzten erst Ende März 2021 angekommen. Dass sich mittlerweile nicht nur die Lebenssituation in den Lagern auf den griechischen Inseln, sondern auch im bosnischen Bihac weiter verschlimmert hat, zeigt nur, dass die europäische Asyl- und Migrationspolitik in ihrer aktuellen Form grundlegend gescheitert ist.

Trotz allem können wir aber auch einen politischen Etappensieg verbuchen, der noch vor einigen Monaten undenkbar schien: Auf unseren Anstoß hin haben kurz vor Weihnachten knapp 250 Bundestagsabgeordnete einen »Weihnachtsappell für eine humanitäre Aufnahme Geflüchteter von den griechischen Inseln« unterzeichnet. Der Appell zeigt sehr deutlich, dass immer mehr Abgeordnete aller demokratischen Parteien die Ansicht vertreten, dass es so nicht weitergehen kann.

Jana Freudenberger
Referentin für Friedensarbeit im pax christi-
Regionalverband Limburg-Mainz



»Der König ist tot – es lebe der König«

Die Arbeit für die Schutz Suchenden geht weiter



Was können wir tun, damit endlich deutlich mehr Geflüchtete aus den Lagern auf den griechischen Ägäis-Inseln rasch in Deutschland aufgenommen werden? Wie kann es gelingen, eine wirklich humane und menschenrechtskonforme Flüchtlingspolitik in Deutschland und der EU auf den Weg zu bringen?

Das waren die zentralen Fragen, die pax christi und die anderen Trägerorganisationen nach Abschluss der Kampagne »Kein Weihnachten in Moria« diskutiert haben. Da in den Monaten vor einer Bundestagswahl die politischen Vorhaben der Parteien intensiv diskutiert und Weichen für die Zukunft gestellt werden, wurde beschlossen, die Kampagne mit einer etwas erweiterten Programmatik bis zu den Wahlen im September fortzuführen. Unter dem neuen Titel »Menschenrecht statt Moria« sollen die oben angesprochenen Ziele mit unterschiedlichen Maßnahmen und Zielgruppen verfolgt werden: Die kurzfristige Aufnahme von Geflüchteten aus humanitären Gründen und die sofortige Beendigung der illegalen Pushbacks an den EU-Außengrenzen können nur durch die aktuelle Bundesregierung erfolgen. Deshalb initiiert die Kampagne derzeit einen Appell an die Bundesregierung, unterstützt von prominenten Vertreter*innen der Kirchenleitungen und möglichst vielen der amtierenden Bundestagsabgeordneten.

Ab Ende Juni sollen dann gezielt – vor allem durch regionale und lokale Initiativen, Gruppen und Gemeinden – die Kandidat*innen der demokratischen Parteien in allen Wahlkreisen per Brief und in persönlichen Gesprächen adressiert werden. Wir wollen sie dafür gewinnen, einer parlamentarischen

Allianz für eine humane und menschenrechtskonforme europäische Asyl- und Migrationspolitik beizutreten. Hiermit wollen wir vor der Wahl erfahren, welche und welcher zukünftige Abgeordnete sich für einen solchen Politikwechsel fraktionsübergreifend einsetzen will. Ein entsprechendes Allianzpapier, das einige zentrale Pfeiler einer solchen Politik enthalten soll, wird gerade abgestimmt.

An einem bundesweiten Aktionstag – voraussichtlich am 18. September – sollen an möglichst vielen Infoständen der demokratischen Parteien im ganzen Land die Kandidat*innen und die sie unterstützenden Personen und Parteigliederungen öffentlichkeitswirksam aufgefordert werden, sich einer fraktionsübergreifenden Allianz für eine humane und menschenrechtskonforme Asyl- und Migrationspolitik anzuschließen.

Um die Kampagne in unserer Region zu realisieren und mit weiteren Informationsveranstaltungen, Kunstaktionen und Initiativen zu gestalten, hat pax christi Rhein-Main gemeinsam mit ökumenischen Partner*innen ein regionales Netzwerk gebildet, das sich monatlich online trifft. Alle Informationen und Beteiligungsmöglichkeiten – auch zu den vier Workshops für Multiplikator*innen, den zahlreichen lokalen Informations- und Bildungsveranstaltungen (die zumeist auch online übertragen werden sollen), den Podiumsdiskussionen mit Kandidat*innen zur Bundestagswahl und weiteren Angeboten – finden sich auf der Website www.menschenrecht-statt-moria.de und in den dieser Zeitschrift beiliegenden Faltblättern.

Thomas Meinhardt
*Diplomsoziologe und Vorsitzender von
pax christi Rhein-Main*

Geplante Krise an EU-Außengrenzen Rückblick auf Videotalk

Warum ist die Situation auf den griechischen Ägäis-Inseln und an vielen anderen Orten an den EU-Außengrenzen so furchtbar und unmenschlich? Was hat das mit dem »Hotspot«-System zu tun, und welche Alternativen gäbe es? Welche Rolle spielt hierbei der Vorschlag der EU-Kommission zum »New pact on migration and asylum«?

Über diese und weitere Fragen diskutierten am 22. Januar 2021 vor 80 Zuschauer*innen der Mainzer Sozialmediziner Prof. Gerhard Trabert, der Bischof von Mainz und pax christi-Präsident Peter Kohlgraf, der CDU-Bundestagsabgeordnete Norbert Altenkamp, Bernward Ostrop, Referent für Migration und Flüchtlinge beim Deutschen Caritasverband, und pax christi-Friedensreferentin Jana Freudenberger. In der Veranstaltung wurde deutlich, dass es nicht an kreativen Ideen oder finanziellen Mitteln mangelt, sondern offensichtlich am politischen Willen. Norbert Altenkamp zeigte sich zwar enttäuscht von vielen EU-Staaten, die die Aufnahme von Geflüchteten rigoros ablehnen. Gleichzeitig warnte er jedoch immer wieder vor einem »deutschen Alleingang«, da dieser die Solidarität innerhalb der EU grundlegend beschädige. Dem standen der sehr eindrückliche Bericht Gerhard Traberts von der Situation in Moria und in Bosnien und sein klares Plädoyer für eine sofortige humanitäre Lösung gegenüber. Dies unterstrich auch Bischof Kohlgraf und verwies dabei auf die Kapazitäten in Einrichtungen der katholischen Kirche, die für die Aufnahme genutzt werden könnten. Insgesamt wurde klar, dass rasch eine kurzfristige humanitäre Lösung gefunden und anschließend endlich ein menschenrechtsbasiertes europäisches Asylsystem etabliert werden muss.

Jana Freudenberger



Bischof Peter Kohlgraf bei seiner Predigt während des Gottesdienstes am Weltfriedenstag im Mainzer Dom

»Glaube ist Friedensarbeit«

Rückblick: Zentraler Gottesdienst zum Weltfriedenstag 2021

»Die Kultur der Achtsamkeit als Weg zum Frieden« war Leitwort des diesjährigen Weltfriedenstages. Pandemiebedingt fand im Bistum Mainz keine Veranstaltung in einer Pfarrei statt, sondern am 17. Januar ein zentraler Gottesdienst mit pax christi-Präsident Bischof Peter Kohlgraf im Mainzer Dom.

Mitgestaltet wurde die Feier vom pax christi-Regionalverband Rhein-Main. Susanne Margraf-Epe und Michael Baunacke richteten den Blick auf die globalen Unrechtsstrukturen, die Situation der Flüchtlinge an den EU-Außengrenzen und die vielen Corona-Opfer in ärmeren Regionen, deren Überleben gefährdet ist. Sie mahnten zu einer neuen Achtsamkeit für die Gefährdung des liberalen Rechtsstaats, für das gemeinsame Wohl aller Menschen sowie einen menschenwürdigen Umgang mit Flüchtlingen.

»Frieden kann nicht entstehen, indem jede Partei ohne Rücksicht auf die eigene Position pocht. Es funktioniert nur im gegenseitigen Hören und Verstehenwollen. Das ist keine ‚Harmoniesauce‘, sondern mühevoll Arbeit«, so Bischof Kohlgraf in seiner Predigt. Mit Verweis auf den Schweizer »National«-

Heiligen Nikolaus von Flüe sagte er: »Achtsamkeit als Weg zum Frieden heißt für mich zuerst: die Achtsamkeit gegenüber dem Gott, der Friede ist. Die Achtsamkeit Gott gegenüber kann Nikolaus von Flüe nicht von der Achtsamkeit gegenüber Menschen trennen. Glaube ist Friedensarbeit. Sein Rezept beschreibt er kurz und knapp: ‚Aufeinander horchen – einander gehorchen‘.« »Nicht der Friedensstifter ist naiv«, so Kohlgraf. »Eher ist derjenige realitätsfern, der meint, Frieden sei das Schweigen aufgerichteter und aufeinander gerichteter Waffen. Achtsamkeit bedeutete für Nikolaus von Flüe ein radikales Ernstnehmen der Wirklichkeit. Diese Wirklichkeit war für ihn aber nicht nur die Realität der Kriege damals und der zerrissenen Welt, sondern auch das Wissen darum, dass Gott Frieden wirken will und wirken kann – durch jeden einzelnen Menschen. Für ihn wäre der Glaube an die Kraft des Guten Realität, die sich zutraut, die Welt zu verändern und zu gestalten.« Bei der Friedensarbeit gehe es wie bei der Sorge um den Klimawandel darum, Entscheidungen nicht auf die lange Bank zu schieben, um keine Chancen zum Wandel zu verpassen. Kohlgraf zitierte Martin Luther King: »Wir

müssen lernen zusammenzuleben wie Brüder und Schwestern, oder wir werden zusammen untergehen wie Idioten.« Mit Zitaten aus »Fratelli tutti« von Papst Franziskus endete der Gottesdienst:

Jeder Krieg hinterlässt die Welt schlechter, als er sie vorgefunden hat.

Krieg ist ein Versagen der Politik, eine Niederlage gegenüber den Mächten des Bösen.

Halten wir uns nicht mit theoretischen Diskussionen auf.

Fragen wir die Opfer.

Internationaler Frieden und internationale Beziehungen dürfen nicht auf ein falsches Gefühl der Sicherheit gegründet sein, auf die Androhung gegenseitiger Zerstörung.

Das letzte Ziel der vollkommenen Abschaffung von Atomwaffen wird zu einer moralischen und humanitären Pflicht.

Alois Bauer
Leiter der Geschäftsstelle Weltkirche/
Gerechtigkeit und Frieden des Bistums Mainz

Zum Gespräch bei Bischof Kohlgraf

Eindrücke vom Vorstandsgespräch mit dem pax christi-Präsidenten

Am 21. Januar 2021 traf sich der Vorstand des pax christi-Regionalverbandes mit dem Bischof von Mainz, Dr. Peter Kohlgraf, der seit 2019 auch Präsident der deutschen Sektion von pax christi ist, zu einer Videokonferenz. Nach einer kurzen Vorstellungsrunde sowohl des Vorstandes als auch der aktuellen Arbeit des Regionalverbandes tauschte man sich über Perspektiven der Zusammenarbeit aus. Vorstand und Bischof betonten die Bedeutung der Verbindung von theologischer Reflexion und politischer Arbeit. Wir waren uns einig, dass es wichtig ist, friedenspolitische Themen wie Rüstungsexporte oder auch Asyl- und Flüchtlingspolitik immer wieder in die Gesellschaft einzubringen und auch eine mahnende Stimme zu sein, wenn es keine Be-

wegung nach vorne gibt. Der Bischof ermunterte, die Themen auch in die Pfarreien und Verbände einzubringen und Pfarrer auch von uns aus offensiv anzusprechen. Er zeigte sich offen dafür, sich zu äußern, wenn der Regionalverband denkt, dass ein Wort des Bischofs angemessen und hilfreich sein könnte. Die Verbände und damit auch pax christi sind aus seiner Sicht ein wichtiger Begegnungsort im pastoralen Weg des Bistums. Allerdings wird bei verschiedenen Aktionen auch dem Vorstand immer wieder die Frage nach dem Beitrag der Kirche gestellt, der wichtig ist, um glaubwürdig auftreten zu können. Dies wird aktuell etwa bei der Kampagne »Kein Weihnachten in Moria« und deren Zuspitzung auf die menschlichen Notlagen deutlich. Der Bi-

schof sieht diese Glaubwürdigkeitsherausforderung auch und betonte im konkreten Fall, dass das Bistum und die diözesane Caritas bereits einen Beitrag bei der Aufnahme von Menschen aus den Flüchtlingslagern leisteten und dies auch fortsetzen, wenn es notwendig ist. Das Bistum unterstützte eine Initiative von Dr. Trabert, so dass zwei behinderte Flüchtlinge in Mainz untergebracht werden konnten. Der Bischof dankte für das Engagement des Regionalverbandes. Bischof und Vorstand sind optimistisch, dass es weiter eine gute Kooperation gibt.

Christoph Krauß

Lehrbeauftragter für Ethik der Migration an der Katholischen Hochschule Mainz und Vorstandsmitglied von pax christi Rhein-Main

Schöpfungskreuzweg

Eine Anregung zum Nachmachen

Es geht! Anders. Kurzfristig, bedingt durch den Corona-Appell, an Ostern daheimzubleiben, hat die pax christi-Gruppe Idstein den nach 2019 zweiten Kreuzweg der Schöpfung durch die Idsteiner Innenstadt zu einem individuellen Gedenkweg am Karfreitag angepasst. Über den Tag verteilt waren immer wieder zwei oder drei Personen mit dem Kreuzwegtext in der Stadt zu beobachten, wie sie zu Fuß oder per Fahrrad die Stationen aufsuchten.

Am »Prätorium des Statthalters«, vor dem Idsteiner Rathaus, startete der Kreuzweg, der an jeder Station erinnerte, dass wir mitten im Leben vom Tod umfängen sind. Das Leiden der Schöpfung wurzelt auch in politischen und ökonomischen Entscheidungen. Wie zu Zeiten Jesu verdrängen auch heute Menschen ihre Beteiligung, weisen anderen die Schuld zu, berechnen den eigenen kurzfristigen Vorteil oder verleugnen die eigenen Möglichkeiten zu handeln. Das – virtuell – mitgetragene Kreuz aus Lampedusa symbolisierte dabei die vom Tod bedrohte Schöpfung ebenso, wie es eine Planke der Hoffnung für diejenigen ist, die gerettet werden. Und an jedem der fünf aufgesuchten symbolischen Orte wurde die todbringende Lebens-

weise befragt und auf Hoffnungsperspektiven darüber hinaus verwiesen: am Unverpackt-Laden zum Thema Plastik und Kreislaufwirtschaft; an der DHL-Packstation bezüglich des CO₂-Ausstoßes der Lieferketten bis zur Haustüre; beim Energieversorger zum Stromverbrauch von Streaming, Klimaanlagen für Serverzentren und Speichervolumina; am Altenzentrum zu Hitzetoten und zum verschwenderischen Umgang mit realem und virtuellem Wasser; sowie am Kalmenhof zur Ausgrenzung Geflüchteter und nicht für wert empfunderer Geschöpfe. Oft halten wir Menschen uns für die Krone der Schöpfung, weil vernunftbegabt, aus der Vergangenheit lernend, die Zukunft planend, uns an ethischen und moralischen Werten orientierend – allerdings handelnd durch rücksichtslose Ausbeutung und Missachtung der Mitgeschöpfe.

Besucher*innen des Kreuzweges berichten von der Schönheit, einen solchen Weg miteinander zu gehen, dem Schweigen, von Gesprächen und dem Reflektieren auf dem



Weg. Beeindruckt erwähnen andere die vielen recherchierten Fakten zu den Themen, die an den Stationen für sich sprechen, und hier nicht in wenigen Zeilen wiederzugeben sind. Der Text des Kreuzweges ist auf der Webseite von pax christi Rhein-Main abrufbar und inspiriert nicht nur karfreitags.

Winfried Montz

Leiter der Abteilung Weltkirche im Bistum Limburg



Rüstungsexport

Volle Konzentration auf die Bundestagswahl 2021

»Rüstungsexportkontrollgesetz« – dieses Wortungetüm ist die zentrale Forderung der »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!« mit Blick auf die Bundestagswahl am 26. September. Dieses zentrale Instrument zur Eindämmung der deutschen Rüstungsexporte mit den Bundestagskandidat*innen zu diskutieren, ist die Hauptaufgabe der pax christi-Projektgruppe »Rüstungsexport« im Regionalverband in diesem Jahr.

Nicht ganz einfach. Schließlich sind Rüstungsexporte ein komplexes Thema, und nun steht auch noch ein detailreicher Gesetzesentwurf von Greenpeace im Raum – für viele eine große Hemmschwelle, sich in die Diskussion einzumischen. Um genau diese Hemmschwelle abzubauen, haben wir im März zwei Online-Workshops unter dem Titel »Rüstungsexporte – einfach über ein kompliziertes Thema sprechen« durchgeführt. Mit etwa 20 Teilnehmer*innen haben wir zwei intensive Vormittage verbracht. Ziel der Workshops war es, unsere Forderung nach einem Rüstungsexportkontrollgesetz in einfache Worte zu gießen und uns so sprechfähig zu machen. Ermutigend war dabei ein kleiner Vortrag von Holger Rothbau-

er, dem Anwalt der Aktion Aufschrei, der uns mit auf den Weg gab: »Fürchtet euch nicht vor der Diskussion, wir sind argumentativ im Vorteil.« Denn: Die beiden sich in Teilen widersprechenden Ausführungsgesetze zum Grundgesetzartikel 26, das »Kriegswaffenkontrollgesetz« und das »Außenwirtschaftsgesetz« führen dazu, dass das Anliegen des Grundgesetzes konterkariert wird. Nur ein einheitliches, restriktives Rüstungsexportkontrollgesetz entspricht der Absicht des Grundgesetzes. Unsere Forderung wollen wir mit den Bundestagskandidat*innen auch im Rahmen von Podiumsdiskussionen diskutieren. Am 26. Mai haben wir deshalb gemeinsam mit der Katholischen Akademie und der DFG-VK im Haus am Dom die Fachpolitiker*innen der verschiedenen Bundestagsfraktionen eingeladen. Darüber hinaus wollen wir durch Podien in verschiedenen Orten unseres Regionalverbands, mit den jeweiligen lokalen Kandidat*innen darüber ins Gespräch kommen. Wenn Sie in Ihrer Region Lust haben, solch eine Veranstaltung mitzuorganisieren, melden Sie sich gerne bei Daniel Untch im pax christi-Büro.

Dass ein Rüstungsexportkontrollgesetz bitter notwendig ist, zeigen sowohl die Ent-

scheidung des Bundesgerichtshofs bezüglich der Exporte von Heckler&Koch nach Mexiko als auch die neuesten Zahlen des Friedensforschungsinstituts SIPRI. Zwar werden von Heckler&Koch mehr als drei Millionen Euro aus dem illegalen Geschäft eingezogen, allerdings stellte das Gericht auch fest, dass Endverbleibserklärungen kein Bestandteil der Exportgenehmigungen nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz sind. Eine »Bankrotterklärung für die deutsche Rüstungsexportkontrolle«, wie die »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!« erklärte. Zudem war die Klage erst möglich, nachdem die Waffen schon lange geliefert waren. Deshalb muss ein Verbandsklagerecht Bestandteil eines möglichen Rüstungsexportkontrollgesetzes sein, damit gegen illegale Exporte geklagt werden kann, bevor die Waffen in alle Welt gelangen und Unheil anrichten. Wir brauchen ein Gesetz, das Transparenz und Verbindlichkeit schafft.

SIPRI, das renommierte schwedische Forschungsinstitut, berichtet indes, dass Deutschland zwischen 2016 und 2020 im globalen Vergleich drittgrößter Waffenexporteur gewesen sei. 5,5 Prozent der weltweit gelieferten Waffen stammten



demnach aus Deutschland. Ein Anstieg von 21 Prozent im Vergleich zum vorangegangenen Fünfjahreszeitraum. Die Hauptabnehmer deutscher Rüstungsexporte waren Südkorea, Ägypten und Algerien, keineswegs vermeintlich unproblematische EU- und NATO-Mitglieder, sondern Länder in kalten Konflikten und heißen Krisenregionen. Hinzu kommt, dass die Europäische Union künftig selbst zum Rüstungsexporteur werden könnte. Mit der kürzlich beschlossenen europäischen »Friedensfazilität« wurde ein Fonds über fünf Milliarden Euro geschaffen. Aus diesen Mitteln kann die EU nun erstmals selbst tödliche Waffen an Drittstaaten exportieren. »Die EU bricht mit der Idee, eine reine Zivilmacht zu sein«, kritisiert die Europaabgeordnete Dr. Hannah Neumann auf ihrer Webseite.

All diese Entwicklungen zeigen ganz deutlich: Der Weg zu einer wirklich restriktiven Exportpolitik führt nur über ein Rüstungsexportkontrollgesetz, das seinem Namen auch entspricht!

Daniel Untch
*Referent für Friedensarbeit im pax christi-
 Regionalverband Limburg-Mainz*

3 FRAUEN SCHAFFEN FRIEDEN



Unter diesem Titel setzte sich die Projektgruppe »Zivile Konfliktbearbeitung« im Jahr 2020 – dem 20. Jubiläumsjahr der UN-Resolution 1325 zu Frauen, Frieden und Sicherheit – mit der Rolle von Frauen in Konflikten und Friedensprozessen auseinander. Da aufgrund der Pandemie nur zwei Veranstaltungen stattfinden konnten, wollen wir das Thema dieses Jahr weiter vertiefen. Den Auftakt bildete im April ein sehr gut besuchtes Webinar, das sich mit militarisierter Männlichkeit und feministischer Friedenspolitik beschäftigte. Es wurde der Frage nachgegangen, ob stereotype Männlichkeitsbilder zu mehr Konflikten und Militarisierung führen und welche friedensbildenden Ansätze zu deren

Überwindung beitragen können. Zwei weitere Veranstaltungen im Juni und September werden sich mit Sprache in Zusammenhang mit genderbasierter Gewalt sowie mit der Rolle von Frauen in der gewaltfreien Oppositionsbewegung in Belarus beschäftigen. So wollen wir aus verschiedenen Perspektiven beleuchten, wie Gender(un)gerechtigkeit, Konflikte, aber auch deren gewaltfreie Bearbeitung sich gegenseitig bedingen. Aufbauend auf diesem Wissen sollen konkrete Handlungsmöglichkeiten erarbeitet werden.

Aktuelle Informationen finden Sie auf www.pax-christi.de. Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme.

Jana Freudenberger

Solidarität ist Zukunft!

Rede auf der Kundgebung am 1. Mai 2021 in Rüsselsheim

Pax Christi-Mitglied und Betriebsseelsorgerin Ingrid Reidt sprach am 1. Mai auf der DGB-Kundgebung in Rüsselsheim. Wir dokumentieren ihre sehr positiv aufgenommene Rede hier in Auszügen. Den vollständigen Wortlaut finden Sie auf www.pax-christi.de.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, kaum ein besseres Thema gäbe es wohl in der gegenwärtigen Zeit. Einer Zeit, in der sich – befeuert durch die Ausbreitung des tödlichen Virus – die strukturellen Ungerechtigkeiten noch mal verschärfen, ja deutlicher werden denn je: Die Pandemie deckt »gnadenlos« die sozialen Schiefen auf. (...)

Internationale Solidarität mit den »Vergessenen« in den Flüchtlingslagern!

(...) Mein solidarischer Blick (...) richtet sich in diesem Jahr vor allem auf die (...) erschreckend große und wachsende Gruppe von Menschen, die in besonderer Weise unsere Solidarität und unseren gesellschaftlichen Aufschrei brauchen – weil ihr Schicksal zunehmend in Vergessenheit gerät.

Es ist die Situation Zigtausender Geflüchteter, die an den EU-Außengrenzen seit Monaten in menschenunwürdigen Verhältnissen ausharren. Alte, Kranke, Eltern mit kleinen Kindern, gepeinigt von Krieg und Unterdrückung, seit Monaten eingepfercht in Lagern oder auf Booten ins Mittelmeer und in den Tod geschickt.

Und was die Kinder angeht: Ganze Generationen werden durch Krieg und Flucht lebenslang traumatisiert.

(...) Schon im vergangenen Jahr haben wir (pax christi, Betriebsseelsorge im katholischen Dekanat) mit der Kampagne »Kein Weihnachten in Moria« auch im Kreis Groß-Gerau auf die unfassbaren Lebensumstände der Geflüchteten vor allem in Moria (...) hingewiesen.

(...) Die Lebenssituation der Menschen dort verschärft sich zusehends. Für viele lebensbedrohlich. Und die Welt schaut zu.

Menschenrecht statt Moria – pax christi-Kampagne nimmt Politik in die Pflicht

Mit einer fortführenden Kampagne gehen wir – in breitem Verbund und wie viele andere Organisationen – erneut in die Öffentlichkeit und fordern die Politik nachdrücklich zum Handeln auf.

(...) Gemeinsam kritisieren wir aufs Schärfste die aktuelle Asyl- und Migrationspolitik der EU. Denn diese ist vor allem an den Au-

ßengrenzen gekennzeichnet von der Missachtung des Völkerrechts und Verstößen gegen die Genfer Flüchtlingskonvention.

Wir fordern die

- Evakuierung der Geflüchteten aus den Lagern an den EU-Außengrenzen;
- Schließung sogenannter »Hotspots« und
- die Aufnahme der Geflüchteten durch Städte und Kommunen in Deutschland zu ermöglichen. (...)

Gemeinsam gegen Fremdenfeindlichkeit und für die Einhaltung von Menschenrechten

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Solidarität ist Zukunft: Der 1. Mai ist ein wichtiger Tag der Gewerkschaften, die für Gerechtigkeit kämpfen und klare Kante gegen jegliche Form der Fremdenfeindlichkeit zeigen. An diesem Tag ist es mir ein großes Anliegen, dringend um aktive Solidarität mit den »Ärmsten der Armen« zu werben. Solidarität mit den vom Krieg vertriebenen und von Krieg und Armut geschundenen Menschen. (...) Sie sind Opfer kriegerischer Gewalt, die sich auch davon nährt, dass sich auch die deutsche und europäische Rüstungsindustrie eine goldene Nase verdient. Denn eines ist heute zu Corona-Zeiten nicht

anders als zuvor: Menschenverachtendes, fremdfeindliches Gedankengut lebt und nährt sich seit jeher davon, Gesellschaften zu spalten, Menschen gegeneinander aufzuhetzen, zu polarisieren. Rechtspopulisten operieren mit der Angst der Menschen. Die Armen werden auf perfide Weise gegen die Ärmsten der Armen ausgespielt. (...)

Die Ärmsten nicht gegen die Armen ausspielen!

Diesen erbärmlichen Machenschaften fremdenfeindlicher, spalterischer Gesinnung gilt es das Handwerk zu legen und sich ihr aufrecht entgegenzustellen: Mit einer anderen, nämlich Menschen liebenden und achtenden Haltung und der radikalen Einhaltung der Menschenrechte. Unsere Welt braucht unsere globale Solidarität: Solidarisch sein heißt, in allen unsere Brüder und Schwestern zu sehen. Lasst uns uns daher gemeinsam engagieren: als Gewerkschaftlerinnen und Gewerkschaftler, als Christenmenschen und als Bürgerinnen und Bürger. Die Kampagne »Menschenrecht statt Moria« ist eine von vielen Möglichkeiten dazu.

Solidarität ist Zukunft. Hier vor Ort und auch weltweit.



Ingrid Reidt während ihrer Rede am 1. Mai auf der DGB-Kundgebung in Rüsselsheim

Gestohlene Kindheit – Sackgasse Flüchtlingslager

Vorschau: Aktion Wanderfriedenskerze 2021

Wie immer gibt es auch in diesem Jahr viele Themen, Brennpunkte und Konflikte, die Aufmerksamkeit und besonderes Gedenken verdienen. Doch eines erscheint aktuell als besonders drängend und unerträglich: die Situation der Geflüchteten an den EU-Außengrenzen und weltweit. Dabei sind es besonders die Kinder, die unter den menschenunwürdigen Bedingungen in den Flüchtlingslagern leiden. Unter dem Titel »Gestohlene Kindheit – Sackgasse Flüchtlingslager« will die Ökumenische Aktion Wanderfriedenskerze in diesem Jahr die Situation der Kinder in den Flüchtlingslagern in den Blick nehmen. Bei diesem Thema bietet es sich natürlich an, Schnittstellen zur aktuellen Kampagne »Menschenrecht statt Moria« zu suchen. Deshalb werden ganz besonders auch Gruppen und Initiativen, die sich für Geflüchtete engagieren, zum Mitun eingeladen. Wie in jedem Jahr werden ab dem 1. September bis zum Buß- und Bettag (17. November) neun besonders gestaltete Friedenskerzen von Gottesdienst zu Friedensgebet zu Veranstaltungen durch die Großregion Rhein-Main »wandern«. Kerzenbuchungen können ab sofort im pax christi Friedensarbeitsbüro in Bad Homburg oder unter www.wanderfriedenskerze.de vorge-

nommen werden. Gebetshilfen, Eindruckplakate und weitere Materialien stehen ab dem 1. Juni zur Verfügung.

Rückblick auf 2020

»Verbrannte Erde – Kriegsoffer Schöpfung« – das Thema der Ökumenischen Aktion Wanderfriedenskerze 2020 war eines, das es so vorher noch nicht gegeben hatte. Und es ist ein Thema am Puls der Zeit. Denn auch wenn die Corona-Pandemie momentan die alles beherrschende Krise ist, so wissen doch alle: Die Klimakrise ist die große Bedrohung unserer Zeit.

Das Thema hat Menschen berührt und viele Anknüpfungspunkte geboten. Das zeigen auch die elf wunderbar gestalteten Kerzen, die beim Eröffnungsgottesdienst im Frankfurter Dom am 1. September letzten Jahres ausgesandt wurden. Neun der Kerzen waren in der Rhein-Main-Region unterwegs, eine weitere im Bistum Fulda und eine im Raum München, wo die Aktion zum ersten Mal durchgeführt wurde.

Natürlich hatte Corona Einfluss auf die Aktion Wanderfriedenskerze. Insbesondere in der letzten Phase der Aktion – ab Mitte Ok-

tober – mussten Gottesdienste kurzfristig abgesagt werden, andere wurden wohl gar nicht erst geplant. Trotz dieser schwierigen Umstände wurden etwa 120 Gottesdienste, Friedensgebete und Veranstaltungen mit einer der Friedenskerzen durchgeführt. Somit war die Aktion Wanderfriedenskerze auch im Jahr 2020 durchaus erfolgreich.

Was sicherlich noch verbessert werden kann, ist die Bereitstellung und die Verbreitung von Materialien über die Gebetshilfe hinaus. Mit Filmen, Büchern, Texten, Spielen und anderen Anregungen zum jeweiligen Jahresthema können weitere kreative Wege entdeckt werden, wie die Wanderfriedenskerzen genutzt werden können, um ein eindrückliches Zeichen des Friedens in Gemeinden, Verbänden und auf Veranstaltungen zu setzen. Darüber hinaus wäre es sicherlich möglich, die Aktion in bestimmten Regionen noch stärker bekannt zu machen. Während das in Zentren wie Frankfurt bereits sehr gut funktioniert, sind unsere Kerzen zum Beispiel im Bereich Darmstadt noch weniger unterwegs.

Daniel Untch

Kurz notiert: pax christi-Aktivitäten und -Informationen aus unserer Region

Im Rahmen der Kampagne »Menschenrecht statt Moria« lädt pax christi Rhein-Main gemeinsam mit den regionalen Netzwerkpartner*innen in den nächsten Wochen und Monaten zu zahlreichen Veranstaltungen ein. Mit **Online-Workshops** für Multiplikator*innen soll unsere Argumentation verbessert, mit lokalen **Vorträgen und Diskussionsforen** die Öffentlichkeit aus erster Hand informiert und mit **Foto- und Plakatausstellungen** die Situation der Geflüchteten sichtbar gemacht werden. +++ Lobbyarbeit für den Frieden: Um in zentralen friedenspolitischen Politikfeldern mehr Gehör zu finden, lädt der pax christi Regionalverband im Mai, Juli und August zu **drei Podiumsdiskussionen mit den jeweiligen Fachpolitiker*innen** der Parteien ins Haus am Dom. Die Rüstungsexportpolitik (26. 5.), die Asyl- und Migrationspolitik (6. 6.) und der Atomwaffenverbotsvertrag (23. 8.) stehen dabei jeweils im Fokus. +++ Den **Bundestagskandidat*innen in den einzelnen Wahlkreisen** soll in Podiumsdiskussionen in Idstein, Montabaur, Worms und weiteren Orten auf den Zahn gefühlt werden. Wie stehen sie jeweils zu zentralen Themen aus den Bereichen Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung? +++ Zum Gedenken an den

80. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion am 22. 6. 1941 lädt pax christi Rhein-Main zum Online-Gespräch mit der Zeitzeugin Henriette Kretz (18. 5.) und zu einer Online-Lesung von Zeugnissen von Überlebenden aus der Ukraine (21. 6.) ein. +++ In den ersten Monaten dieses Jahres haben einzelne pax christi-Gruppen und der Regionalverband u. a. folgende öffentliche Aktionen und Veranstaltungen organisiert oder sich daran beteiligt: **Schoah-Gedenken** in Montabaur (27. 1.) +++ Beteiligung am **Hessischen Sozialforum** in Frankfurt (30. 1.) +++ Beteiligung an der hochkarätigen Veranstaltungsreihe »**Sicherheit neu denken**« in der evangelischen und der katholischen Akademie in Frankfurt +++ **Ostermärsche** in Limburg und Frankfurt sowie Aufruf zu kreativen Aktionen mit Bannern und Plakaten an Fenstern und Balkons (3.–5. 4.) +++ **Aktionen gegen Neonazi-Aufmarsch** in Worms (17. 4.) +++ Proteste vor der Hauptversammlung des **Rüstungsunternehmens Rheinmetall** in Düsseldorf (11. 5.) +++ Unterstützung der **Mahnwache der Ordensleute für den Frieden** vor der Deutschen Bank (12. 5.) +++ **Weitere Meldungen** sowie aktualisierte Informationen zu kommenden Veranstaltungen finden Sie auf www.pax-christi.de und auf www.menschenrecht-statt-moria.de



Helmut Kurz
In Gottes Wahrheit leben. Religiöse Kriegsdienstverweigerer im Zweiten Weltkrieg.
 Donat-Verlag 2020, 308 Seiten, 18 €
 ISBN: 9783943425987

Buchhinweis

Religiöse Kriegsdienstverweigerer im Zweiten Weltkrieg

Ungeachtet der stützenden, mindestens nicht kritischen Haltung der meisten christlichen Religionsgemeinschaften zum Zweiten Weltkrieg gab es bei ihnen eine Minderheit von knapp 600 Menschen, die den Dienst mit der Waffe verweigerten und deshalb von der Militärjustiz verurteilt wurden. 333 von ihnen wurden hingerichtet, allein 282 aus den Reihen der »Zeugen Jehovas«. An das Zeugnis dieser Minderheit erinnert ein Buch, das von der deutschen pax christi-Bewegung unter besonderer Beteiligung des Diözesanverbands Rottenburg-Stuttgart herausgegeben wurde.

Im Mittelpunkt stehen die Porträts von 22 dieser Verweigerer, darunter neben Katholiken und Protestanten auch ein »Zeuge Jehovas« und ein Mitglied der »Adventisten-Reformationsbewegung«. Keinesfalls alle waren prinzipielle Pazifisten; einige verweigerten gezielt den Dienst im Nazi-Unrechtskrieg oder den Eid auf den gottlosen Führer Adolf Hitler. Deutlich wird das in den ausführlichen Quellenzitaten aus persönlichen Aufzeichnungen und Briefen, die teilweise erstmals veröffentlicht werden.

Zur Einordnung dieser Porträts wird einleitend die NS-Militärjustiz und ihre meist brutale Rechtsprechung dargestellt, wobei in Einzelfällen auch Verweigerern Schlupflöcher gelassen wurden, wenn sie sich etwa zum Sanitätsdienst bereitklärten. Ein weiteres Kapitel beschreibt die zeitgenössische, patriotisch-militaristisch eingefärbte offizielle Verkündigung der Kirchen mit ihrer strikten Ablehnung der Kriegsdienstverweigerung. Wie sich das nach 1945 allmählich veränderte, bis hin zur Seligsprechung einzelner Verweigerer, beleuchtet ein Schlusskapitel. Diese überaus informative Schrift ergänzt aufs Beste die vielen wichtigen Analysen der letzten Jahre zur so sehr kritisierbaren Haltung der Kirchen im Zweiten Weltkrieg.

Lutz Lemhöfer

Theologe, Politologe und pax christi wie auch Redaktionsmitglied

Wie Klima.Gerecht.Leben in der Kommune?

pax christi Idstein befragte Kommunalwahlkandidat*innen

Kein Thema hat unserer Gruppe so vielfältige Fragen und Erfahrungen beschert wie »Klima.Gerecht.Leben«. Wir haben realisiert, dass nur wenige Jahre bleiben, um die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen und schwerwiegende Folgen für unser Ökosystem zu verhindern. Schmerzhaft mussten wir wahrnehmen, dass die Lebensgrundlagen von Millionen Menschen schon heute bedroht sind. Trotz einer Fülle erschreckender Analysen und Informationen haben wir uns aber schwergetan einzusteigen: alles so fern, vielgestaltig und abstrakt. Die Pandemie verdrängt die Klimakrise aus der Öffentlichkeit und unsere Veranstaltungsreihe »Mondays for Future« ist durch den Lockdown unterbrochen.

Die Konzentration auf unsere lokale Verankerung hat zur Entscheidung verholfen. Wir haben uns kundig gemacht, welche Möglichkeiten Kommunen haben, den Klimawandel

zu bekämpfen. Mit der Befragung von Idsteiner Kommunalwahlkandidat*innen sind wir in der Stadtgesellschaft mit »Klima.Gerecht.Leben« offensiv aufgetreten. Wir fragten brieflich die ersten zwölf jeder Liste: In welchem Bereich werden Sie sich vorrangig gegen den Klimawandel engagieren? Mit welchem strategischen Vorgehen und welchen Teilnehmungsformen werden Sie Klimaschutz und Nachhaltigkeit zu einer kommunalen Querschnittsaufgabe machen? Mehr als 30 Prozent der Befragten antworteten – kompetent, ausführlich und erfreut, gefragt zu werden. Wir haben angekündigt, nach der Wahl auf die Aussagen zurückzukommen. Die Ergebnisse und unsere eigenen Anfragen an die Kommunalpolitik konnten wir mit einem großen Artikel in der Lokalzeitung präsentieren und damit zur qualifizierten Auswahl bei einem wahlrelevanten Thema beitragen. Es ist gelungen, das Thema »Klima.Gerecht.Leben« sachlich dringlich in der Öff-

entlichkeit zu platzieren. Die persönliche Befragung der Kandidat*innen hat verbindliche Aussagen erbracht, und nicht zuletzt uns als Gruppe verpflichtet, damit weiterzuarbeiten.

Ute Schäfer

Sozialarbeiterin und Sprecherin der pax christi-Gruppe Idstein



Termine

Aufgrund der sich verändernden Abstands- und Hygieneregungen bitten wir Sie, sich jeweils im Vorfeld der Veranstaltungen über die genauen Umstände zu informieren. Weitere Informationen finden Sie jeweils aktuell unter ►► www.pax-christi.de/kalender

Mai 2021

26. 5., 19.00–21.00 Uhr, online **Wieso wir ein Rüstungsexportkontrollgesetz brauchen!**

Podiumsdiskussion mit Fachpolitiker*innen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Linke und FDP und Jürgen Grässlin von der »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel«. Die Zugangslinks für aktive und passive Teilnahme finden Sie auf www.pax-christi.de

27. 5., 18.30–20.30 Uhr, online **Europäische Asyl- und Migrationspolitik: rechtliche Grundlagen**

Online-Workshop im Rahmen der Kampagne »Menschenrecht statt Moria«. Der erste von vier Online-Workshops beschäftigt sich mit den rechtlichen Grundlagen des europäischen und deutschen Asylsystems Referent: Bernward Ostrop, Deutscher Caritasverband e. V., Referent für Rechtspolitik, Migration und Flüchtlinge. Anmeldung für die Online-Veranstaltung bitte an: friedensarbeiterin@pax-christi.de

30. 5., 17.30 Uhr, St. Martin, Idstein (ggfs. online)

Monatlicher pax christi-Gottesdienst in Idstein

Mit Pfarrer Wolfgang Steinmetz feiern wir gemeinsam unseren monatlichen pax christi-Gottesdienst. Rückfragen und Anmeldung bitte an Ute Schäfer: ute.schaef@gmx.de

Jeden Freitag, St. Christophskirche, Mainz

Wöchentliche Friedensgebete in Mainz

Das wöchentliche Friedensgebet wird abwechselnd gestaltet von der Alt-Katholischen Gemeinde, der anglikanischen Gemeinde, der evangelischen Stadtkirchenarbeit und der katholischen Cityseelsorge.

Juni 2021

4. 6., Frankfurt **Frieden in Bewegung – Friedenswanderung**

Stadtspaziergang durch Alt- und Innenstadt mit den Naturfreunden Frankfurt. Weitere Informationen unter: www.frieden-in-bewegung.de

6. 6., 19.00–21.00 Uhr, Stadtkirche Darmstadt und online **»Mehr Verantwortung übernehmen? Atomwaffen abschaffen!«**

Podiumsdiskussion zum Atomwaffenverbotsvertrag und zu Möglichkeiten zivilgesellschaftlichen Engagements im Rahmen der Aktion »Frieden in Bewegung« der Naturfreunde Deutschland. Weitere Informationen unter: www.frieden-in-bewegung.de

10. 6., 18.30 Uhr, online **AG »Menschenrecht statt Moria« Rhein-Main**

Wir planen gemeinsam die regionalen Aktivitäten im Rahmen der Kampagne »Menschenrecht statt Moria«. Bei Interesse können Sie sich gerne hier anmelden: friedensarbeiterin@pax-christi.de

11.–12. 6., online **Aktionskonferenz der »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel«**

Aktionskonferenz mit Podiumsdiskussion, Workshops, Seminaren und inhaltlichem Austausch zu aktuellen Entwicklungen rund um die Aktion Aufschrei. Weitere Informationen unter: www.pax-christi.de

17. 6., 18.30–20.00 Uhr, online **Die Kriminalisierung der Seenotrettung**

Online-Veranstaltung im Rahmen der Kampagne »Menschenrecht statt Moria«. Was geschieht aktuell im zentralen Mittelmeer? Von wem werden Menschen in Seenot gerettet und wohin werden sie gebracht? In dieser Diskussionsveranstaltung werden die Situation für Geflüchtete und Migrant*innen in Libyen und Tunesien und die Aktivitäten der EU diskutiert.

Referierende: Jana Ciernioch (SOS Mediteranee) und Gorden Isler (Sea Eye)
Veranstalter*innen: KAB-Diözesanverband Limburg und pax christi Regionalverband Limburg-Mainz

21. 6., 19.00–20.30 Uhr, online **»Leben und Tod in der Epoche des Holocaust in der Ukraine – Zeugnisse von Überlebenden«**

Zum Gedenken an den 80. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion (22. 6. 1941) lesen Margret und Werner Müller Passagen aus dem Buch des ukrainischen Historikers Boris Zabarko, der in jahrzehntelanger Arbeit Zeugnisse von Überlebende der deutschen Gewaltherrschaft in der heutigen Ukraine gesammelt hat. Anmeldung bitte an frieden@bistum-mainz.de

21. 6.–9. 7., online **Digitales Zeitzeug*innenprojekt des Bistums Limburg**

An mehreren Tagen sprechen überwiegend polnische Zeitzeug*innen in Videokonferenzen mit Schüler*innen im Gebiet des Bistums Limburg. Eventuell wird auch ein öffentliches digitales Zeitzeug*innengespräch möglich sein. Informationen finden Sie vorab unter: www.pax-christi.de

24. 6., 18.30–20.30 Uhr, online **Ein sozialetischer Blick auf die Asyl- und Migrationspolitik**

Online-Workshop im Rahmen der Kampagne »Menschenrecht statt Moria«. Warum haben Geflüchtete ein moralisches Recht auf Unterstützung, und weshalb darf eine Verbesserung nicht von dem Wohlwollen in aufnehmenden Ländern abhängen?
Referent: Christoph Krauß, Lehrbeauftragter für Ethik der Migration an der Katholischen Hochschule Mainz. Anmeldung bitte an: friedensarbeiterin@pax-christi.de

Termine

Aufgrund der sich verändernden Abstands- und Hygieneregulungen bitten wir Sie, sich jeweils im Vorfeld der Veranstaltungen über die genauen Umstände zu informieren. Weitere Informationen finden Sie jeweils aktuell unter ►► www.pax-christi.de/kalender

27. 6., 17.30 Uhr, St. Martin, Idstein Monatlicher pax christi-Gottesdienst in Idstein

Mit Helmut Schlegel OFM feiern wir gemeinsam unseren monatlichen pax christi-Gottesdienst. Rückfragen und Anmeldung bitte an Ute Schäfer: ute.schaef@gmx.de

28. 6., 18.00–20.00 Uhr, online Die Situation der Geflüchteten in Bosnien - Herzegowina

Online-Veranstaltung im Rahmen der Kampagne »Menschenrecht statt Moria«. Wie ist die aktuelle Lage der Geflüchteten in den Grenzregionen Bosnien-Herzegowinas zu Kroatien und Serbien? Referent*innen sind die bosnische Aktivistin Sanella Klepic (Grundschullehrerin und Koordinatorin für die Versorgung von Geflüchteten beim Roten Kreuz in Bosnien-Herzegowina) und Therese Wagner, die gerade ihre Masterarbeit zu dieser Thematik schreibt und sich bei der »Balkanbrücke« engagiert. Den Zugangslink finden Sie auf www.pax-christi.de.

30. 6., 19 Uhr, Mainz und online Frauen und die Proteste in Belarus

Im Rahmen der Reihe »Frauen schaffen Frieden« lädt die Projektgruppe Zivile Konfliktbearbeitung Rhein-Main zu einer Veranstaltung ein, die sich mit der Rolle von Frauen in der gewaltfreien Oppositionsbewegung in Belarus beschäftigt. Ort: Landeszentrale für politische Bildung RLP, Am Kronberger Hof 6, Informationen und Anmeldung unter: www.pax-christi.de.

Jeden Freitag, St. Christophskirche, Mainz Wöchentliche Friedensgebete in Mainz

Das wöchentliche Friedensgebet wird abwechselnd gestaltet von der Alt-Katholischen Gemeinde, der anglikanischen Gemeinde, der evangelischen Stadtkirchenarbeit und der katholischen Cityseelsorge.

Juli 2021

1. 7., 18.30 Uhr, online

AG »Menschenrecht statt Moria« Rhein-Main
Wir planen gemeinsam die regionalen Aktivitäten im Rahmen der Kampagne »Menschenrecht statt Moria«. Bei Interesse können Sie sich gerne hier anmelden: friedensarbeiterin@pax-christi.de

3. 7., Büchel Kirchlicher Aktionstag am Atomwaffenstützpunkt in Büchel

Der Aktionstag findet sowohl online als auch vor Ort statt. Zum Gottesdienst mit Bischof Kohlgraf ist allerdings nur eine begrenzte Zahl an Teilnehmer*innen zugelassen, eine Anmeldung ist notwendig: frieden@bistum-mainz.de

6. 7., 19.00–21.00 Uhr, Haus am Dom Frankfurt und online

Asyl- und Migrationspolitik auf dem Prüfstand
Podiumsdiskussion mit Fachpolitiker*innen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Linke und FDP sowie Ramona Lenz (medico international) und Andreas Lipsch (Diakonie Hessen). Den Zugangslink finden Sie auf www.pax-christi.de

9. 7., 18.00 Uhr bis 10. 7., 17.00 Uhr, Exerzitienhaus der Franziskaner in Hofheim

**Mitgliederversammlung des pax christi-
Regionalverbandes Rhein-Main**
Herzliche Einladung zur diesjährigen pax christi-Mitgliederversammlung mit Neuwahlen des Vorstandes. Die offizielle Einladung erhalten Sie demnächst.

20. 7., 18.30–20.30 Uhr, online

Der EU-Türkei-Deal als »Vorbild«?
Online-Workshop im Rahmen der Kampagne »Menschenrecht statt Moria«. Der Workshop beschäftigt sich mit Migrationsabkommen der EU mit Herkunfts- und Transitstaaten am Beispiel des EU-Türkei-Deals. Referentin: Meral Zeller, PRO ASYL, Mitarbeiterin in der Europaabteilung. Anmeldung bitte an: friedensarbeiterin@pax-christi.de

25. 7., 17.30 Uhr, St. Martin, Idstein Monatlicher pax christi-Gottesdienst in Idstein

Mit Stefan Federbusch OFM feiern wir gemeinsam unseren monatlichen pax christi-Gottesdienst. Rückfragen und Anmeldung bitte an Ute Schäfer: ute.schaef@gmx.de

Jeden Freitag, St. Christophskirche, Mainz Wöchentliche Friedensgebete in Mainz

Das wöchentliche Friedensgebet wird abwechselnd gestaltet von der Alt-Katholischen Gemeinde, der anglikanischen Gemeinde, der evangelischen Stadtkirchenarbeit und der katholischen Cityseelsorge.



Internationale Katholische
Friedensbewegung

pax christi Rhein-Main
Regionalverband Limburg-Mainz

Impressum und Kontakt

Herausgeberin

pax christi Rhein-Main | Regionalverband
Limburg-Mainz (s. Geschäftsstellen)

Gesamtherstellung

meinhardt Verlag und Agentur
E-Mail: t.meinhardt@meinhardt.info

Redaktion

Bernd Epe, Rüdiger Grölz, Lutz Lemhöfer,
Kerstin und Thomas Meinhardt

Wichtige Adressen

Geschäftsstellen

pax christi-Büro Rhein-Main
Jana Freudenberger/Daniel Untch
Dorotheenstraße 11, 61348 Bad Homburg
Tel.: 06172 92 86 79, Mobil: 01 77 2 80 48 78
friedensarbeiterin@pax-christi.de

pax christi-Büro Rhein-Main
Alois Bauer, Friedensreferent
Bischofsplatz 2, 55116 Mainz
Tel.: 0 61 31 25 32 63,
alois.bauer@bistum-mainz.de

Förderverein des pax christi Regionalverbandes
Limburg-Mainz e.V., c/o Martin Weichlein
Tel.: 0 61 26 5 54 00, weichlein.idstein@t-online.de

Vorstand

Paul Arthen (Geschäftsführer),
Michael Baunacke (Geistlicher Beirat),
Peter Hofacker (Geistlicher Beirat),
Christoph Krauß (Beisitzer),
Susanne Margraf-Epe (Vorsitzende),
Thomas Meinhardt (Vorsitzender),
Thomas Wagner (Beisitzer),
Birgit Wehner (Beisitzerin)

pax christi-Gruppen und Projektgruppen

Aktion Aufschrei Rhein-Main |
Daniel Untch (s. Geschäftsstelle)

Bergstraße | Bartho Forchner-Thöne,
Tel.: 0 62 51 6 58 71, Bartho.Forchner-Thoene@gmx.de

Eschborn | Ilse Liebetanz,
Tel.: 0 61 96 4 13 88, iwLiebetanz@online.de

Frankfurt | Margret Koschel,
Tel.: 0 61 71 719 76, margretkoschel@web.de

Gottesdienstvorbereitung | Ute Schäfer (s.u.)

Idstein | Ute Schäfer,
Tel.: 0 61 26 5 74 22, ute.schaef@gmx.de

Ingelheim | Susanne und Bernd Margraf-Epe,
Tel.: 0 61 32 4 05 86, margraf-epe@t-online.de

Lahnstein | Pater Wolfgang Jungheim,
Tel.: 0 26 19 12 63 23, wolfgang.jungheim@sscc.de

Montabaur | Claudia Kobold,
Tel.: 0 26 02 177 19, claudia.kobold@gmx.de

Offenbach | Barbara Hoffmann-Neeb,
Tel.: 0 69 86 87 91, b.hoffmann-neebe@t-online.de

Öffentlichkeitsarbeit | Kerstin Meinhardt (s.o.)

Rheinhausen | Gabriele und Knut Behrens,
Tel.: 0 69 36 90 05 20, BR-Ackerbau@t-online.de

Worms | Christian Trieb,
Tel.: 0 62 41 2 06 18 19, info@pax-christi-worms.de